

## Stadt Zürich

# Genner will Parkplatzverordnung «mit Augenmass anwenden»

Der Stadtrat eröffnet den Abstimmungskampf. Vom neuen Regelwerk sind nur private Parkplätze betroffen.

Von Martin Huber

Die neue städtische Parkplatzverordnung (PPV), die am 28. November vors Volk kommt, soll eine «Entlastung für den öffentlichen Raum bringen», sagte Tiefbauvorsteherin Ruth Genner (Grüne) gestern vor den Medien. Weil der Platz in der Stadt nicht vermehrbar sei, brauche es eine «restriktive Parkplatzpolitik». Diese sei übrigens nicht ihre eigene Erfindung, sondern werde in Zürich schon seit mehr als 20 Jahren praktiziert, «und zwar mit Erfolg», wie Genner sagte. Von der neuen Parkplatzverordnung verspricht sie sich einen «kleinen, pragmatischen Schritt zu energiesparender Mobilität».

### Autofreies Wohnen als Novum

Die Parkplatzverordnung regelt detailliert, wer in Zürich wo wie viele Parkplätze höchstens bauen darf und mindestens bauen muss. Betroffen sind nur die rund 200 000 privaten Parkplätze, nicht aber die restlichen 70 000 öffentlich zugänglichen Parkplätze auf öffentlichem oder privatem Grund. Weil die jetzige PPV aus dem Jahr 1996 stammt, will sie die Stadt mit einer Teilrevision «neuen Gegebenheiten im öffentlichen Verkehr sowie gesellschaftlichen Veränderungen» anpassen. Die Änderungen betreffen nur Neu- und Umbauten und sind nicht rückwirkend.

Das sind die wichtigsten Neuerungen:

- Die Zahl der Pflichtparkplätze wird gegenüber der bisherigen Regelung re-

### Privater Motorisierungsgrad in der Stadt nimmt ab

Privatfahrzeuge pro tausend Einwohner



TA-Grafik mrue / Quelle: Stadt Zürich



Die Bestimmungen über Veloabstellplätze wie hier an der ETH Hönggerberg sind ein Zankapfel. Foto: Tobias Frieman (Keystone)

duziert; künftig soll nur noch für 120 Quadratmeter Wohnfläche ein Parkplatz nötig sein, bisher sind es 100 Quadratmeter. Die Anpassung ist laut dem Stadtrat eine Folge des steigenden Bedarfs an Wohnraum und des sinkenden Motorisierungsgrads der Stadtzürcher Bevölkerung (siehe Grafik).

- Herabgesetzt wird auch die Zahl der Pflichtparkplätze in jenen Gebieten, die durch den öffentlichen Verkehr sehr gut erschlossen sind.

- Als «absolutes Novum» (Genner) dürfen Wohngebäude künftig ohne Parkplätze gebaut werden. Bauherren können sich von der Pflicht befreien, bei Wohnhäusern eine bestimmte Zahl von Parkplätzen zu erstellen, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllen, etwa ein Mobilitätskonzept vorlegen.

- Neu wird auch die Verpflichtung verankert, dass bei jedem Gebäude gedeckte und diebstahlsichere Veloabstellplätze bereitgestellt werden müssen. Pro 40 Quadratmeter Wohnfläche (bisher 70 Quadratmeter) muss es neu einen Veloabstellplatz geben.

- Ebenfalls neu festgelegt wird eine minimal nötige Anzahl von Abstellplätzen für Motorräder

- Schliesslich schreibt die neue Verordnung vor, dass für Behinderte ein angemessener Anteil an Pflichtparkplätzen eingeplant werden muss.

### «Eingriff ins Privateigentum»

Der Gemeinderat sagte im Juli mit 72 zu 43 Stimmen Ja zur Vorlage. Die linksgrüne Ratsmehrheit freute sich über neue, ökologische Regeln für private

Parkplätze und sprach von einer «klugen Mobilitätsstrategie». SVP und FDP monierten «Eingriffe ins private Eigentum» und Überreglementierung. Dies, weil künftig für jeden Einwohner der Stadt ein Veloparkplatz erstellt werden müsse.

Ruth Genner versuchte gestern, die Befürchtungen zu zerstreuen und versprach, die neue Parkplatzverordnung werde «mit Augenmass angewandt». Auch beim Zankapfel Veloabstellplätze seien gewisse Kompromisse möglich. Laut Andy Fellmann, Leiter Verkehrsplanung im Tiefbauamt, sind die Zürcher Ansätze für Veloparkplätze «nicht aus der Luft gegriffen». Vielmehr lägen sie im Rahmen anderer Schweizer Städte.

Die Gegner gehen auch auf juristischem Weg gegen die PPV vor. Beim Bezirksrat ist eine Beschwerde hängig.



# Recycling mit Nebenwirkungen

Verpackungen aus Recyclingkarton verpesten unser Essen mit Mineralöl. Das kann krank machen. Das Problem ist seit 15 Jahren bekannt. Aber erst jetzt wird etwas dagegen unternommen.

Von Angela Barandun

Es steckt überall drin: in Müesli, Teigwaren, Reis, in Apéro-Gebäck und Keksen, in Paniermehl und Stärke. Kartonverpackungen aus Recyclingmaterial verschmutzen unser Essen mit Mineralöl. Die Dämpfe durchdringen die Plastikbeutel der Cornflakes und die Papierbeutel des Kakaopulvers. Das ist ein Risiko für unsere Gesundheit. Ein Bestandteil des Mineralöls, die gesättigten Kohlenwasserstoffe, lagern sich in Organen wie Leber, Herz oder Lymphknoten ab und können chronische Entzündungen verursachen. Der andere Bestandteil, die sogenannten Aromaten, stehen im Verdacht, krebserregend zu sein.

Für beide Substanzen gibt es keinen gesetzlichen Grenzwert. Für die gesättigten Kohlenwasserstoffe existiert allerdings ein toxikologischer Richtwert. Demnach sollte in einem Kilo Nahrungsmittel nicht mehr als 0,6 Milligramm enthalten sein. In einem Test für den «Kassensturz» ermittelte das Kantonale Labor Zürich im Februar, dass dieser Wert bei 18 von 21 Proben bis zu achtzigfach überschritten wurde.

Das Mineralöl stammt vor allem aus der Druckfarbe von Zeitungen, die mit dem Altpapier in den Recyclingkarton und so in die Verpackungen gelangen. Auch die Farbe zum Bedrucken der Verpackung kann problematisch sein. Die Schweiz verschärfte die Regeln vor gut einem Jahr - als erstes Land überhaupt.

Der «Kassensturz»-Bericht hat die Detailhändler aufgeschreckt: Lidl und Coop haben ein besonders stark verschmutztes Produkt aus den Läden genommen. Coop will zudem bei einigen Produkten auf Recyclingkarton verzichten.

## Erste Belege um 1995

Dabei ist das Problem gar nicht neu. Seit den späten Achtzigerjahren weiss man, dass Mineralöldämpfe sich in Nahrungsmitteln anreichern können. Damals ging es um Jutesäcke - etwa für Haselnüsse und Kakaobohnen - die mit Mineralöl gewalkt worden waren. Dass auch Kartonverpackungen Mineralöl abgeben, wurde Mitte der Neunzigerjahre erstmals nachgewiesen. Die kantonalen Laboratorien von Zürich und St. Gallen hatten ein eigenes Verfahren dafür entwickelt. 36 Proben Müesli und Babynahrung wurden überprüft. Die Hälfte enthielt über 10 Milligramm Mineralölrückstände pro Kilo (siehe Grafik). Der WHO-Richtwert liegt bei 0,6 Milligramm.

Auch die Industrie hat davon gewusst: «Sobald wir in der Lage waren, die Verschmutzung zu messen, haben wir grosse Lebensmittel- und Verpackungshersteller angeschrieben», sagt Konrad Grob vom Kantonalen Labor Zürich, der die Studie 1997 mitverfasst hat. Ein Dokument, das dem TA vorliegt, zeigt zudem, dass Drucker und Kartonhersteller 1998 Bescheid wussten. So schrieb der deutsche Verband der Druckfarbenindustrie an die Interessengemeinschaft Recyclingkarton für den deutschsprachigen Raum (Inreka), «dass (...) ein Übergang von Stoffen aus dem Verpackungsmaterial (...) auf das Lebensmittel nur dadurch effektiv (...) minimiert werden kann, wenn das Konzept der funktionellen Barriere zur Anwendung gelangt» (siehe Ausriss).

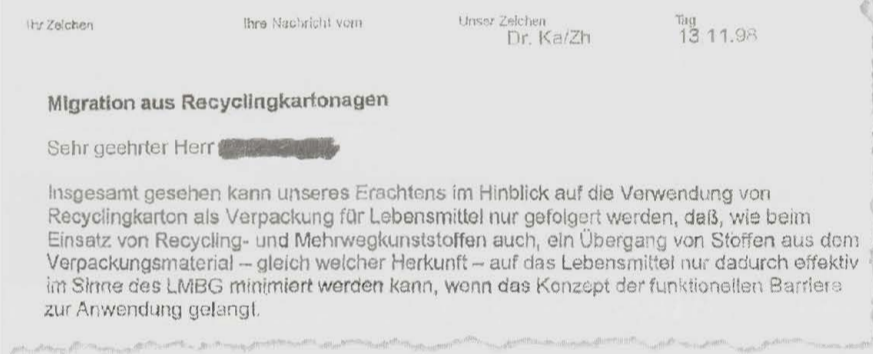
## WC-Papier ist strenger geregelt

Passiert ist seither aber nichts. «Bislang gab es dazu keinen Anlass», sagt Wolfgang Durrer vom Schweizerischen Verpackungsinstitut (SVI), der Interessengemeinschaft der Verpackungsindustrie. «Es fehlten die gesetzlichen Grundlagen.» Tatsächlich gibt es für Kartonverpackungen kaum Auflagen. «Sogar beim WC-Papier aus Recyclingmaterial sind die Gesetze strenger», sagt Herbert Woodtli, der seit Jahren in der Druckindustrie tätig ist.

Vincent Dudler vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) sagt: «Uns war immer bewusst, dass dieser Bereich schlecht geregelt ist. In den letzten Jahren gab es allerdings wichtigere Themen, die wir zuerst anpacken mussten.» Zudem habe das BAG lange nichts von den Befunden



Ein Lastwagen mit gepresstem Karton. Für Verpackungen aus Karton gibt es kaum Richtlinien. Foto: Tobias Frieman (Keystone)



Brief der Druckfarbenindustrie an die Recyclingkarton-Hersteller von 1998.

des Kantonalen Labors gewusst. «Wir haben 2009 das erste Mal davon gehört», sagt Dudler. «Vielleicht haben uns die kantonalen Laboratorien Mitte der Neunzigerjahre nicht oder schlecht über diese Problematik informiert.» Sonst hätte das BAG etwas unternommen: «Solche Mengen Mineralöl in Lebensmitteln sind nicht akzeptabel», sagt der Fachmann des Bundes. Aber: «Die unreinigten Produkte stellen bei einer normalen Ernährung kein unmittelbares Gesundheitsrisiko dar», so Dudler.

## Deutschland geht voran

Experten halten es für unwahrscheinlich, dass das BAG so lange nichts von Grobs Untersuchungen mitbekommen hat. Einer, der sich damals mit der Thematik beschäftigte, mutmasst, dass Grobs Forschung aus politischen Gründen ignoriert wurde. In die gleiche Kerbe schlägt Durrer vom Verband der Verpackungsindustrie. «In der Schweiz war man immer so stolz aufs Recycling und die hohe Sammelquote beim Altpapier.» Kein Wunder, habe man sich lange schwer damit getan, Recyclingkarton als Problem wahrzunehmen.

Dass das Thema jetzt endlich öffentlich diskutiert wird, ist einer deutschen Behörde zu verdanken. Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), das im Bereich Papier und Karton weltweit führend ist, ist offenbar bereit, verbindliche Regeln für Deutschland zu erlassen und durchzusetzen. Derzeit arbeitet das BfR gemeinsam mit der Industrie an Lösungen. Auch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt.

«Sobald Deutschland einen Grenzwert festlegt, ist das ein Signal für ganz Europa», sagt Grob. Das BAG bestätigt, die Entwicklungen in Deutschland zu verfolgen und allenfalls darauf abzustellen. Laut Grob ist das sinnvoll: «Eine Regulierung in der Schweiz allein würde wenig bewegen.» Hierzulande werde

nicht einmal mehr Recyclingkarton für Verpackungen produziert.

## Hersteller müssen umdenken

Die Angst vor Regulierung hat auch die Industrie wacherüttelt. «Es findet ein Paradigmenwechsel statt», sagt Durrer. Bislang habe der Gesetzgeber festgelegt, welche Substanzen verboten sind. «Neu trägt der Hersteller eine Mitverantwortung für das gesamte Produkt.» Der Leimhersteller weiss noch heute oft nicht, wofür sein Produkt verwendet wird, und der Guetsliproduzent nicht, was im Leim steckt. «Damit wir solche Probleme lösen können, müssen alle Anbieter entlang der Lieferkette zusammenarbeiten», sagt Durrer. Nur so könnten Lebensmittelskandale und Rückrufaktionen künftig vermieden werden.

## Lösungsansätze Auf die Schnelle ist nichts zu machen

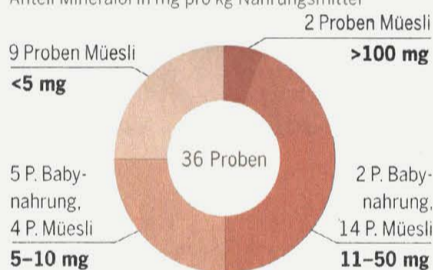
In Deutschland ist das Mineralöl aus dem Recyclingkarton seit Ende 2009 ein Thema. Das zuständige Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) macht Druck bei den Herstellern für ein nachhaltiges Konzept. Laut dem Kantonalen Labor Zürich macht das am meisten Sinn: «Das Problem ist nicht so akut, dass man sämtliche Produkte aus den Regalen nehmen müsste», sagt Chemiker Konrad Grob. Folgende Lösungen stehen zur Diskussion:

● **Verzicht auf Recyclingkarton:** «Das ist die einfachste Lösung, sie ist aber nicht erstrebenswert», sagt Grob. Kartonverpackungen nur noch aus frischen Fasern zu machen, ist beim heutigen Verbrauch unmöglich. Kommt hinzu: «Nicht nur die Verpackungen selbst übertragen Mineralöl, sondern auch die Schachteln, in denen die einzelnen Packungen transportiert und gelagert werden.» Um alles aus Frischkarton zu machen, fehlen die Bäume. Das zeigt auch eine Machbarkeitsstudie der Technischen Universität Darmstadt.

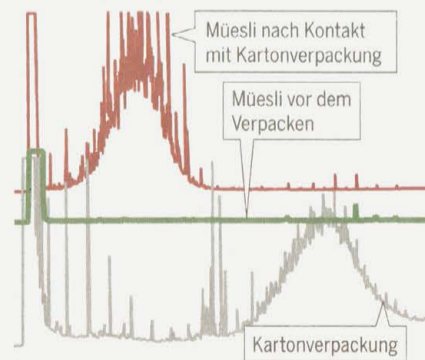
## Die Ergebnisse von 1997

Getestet wurden 7 Proben Müesli und 29 Proben Babynahrung

Anteil Mineralöl in mg pro kg Nahrungsmittel



Eine Stoffanalyse (Chromatogramm) zeigte 1997 auf, wie der sogenannte Mineralöl-Hügel wandert: von der Kartonverpackung ins Müesli. Ohne Kontakt mit der Verpackung ist die Müesli-Kurve flach.



TA-Grafik kmh Quelle: Kant. Labor Zürich

● **Zeitungen aussortieren:** Das senkt zwar den Mineralölgehalt - aber nicht genug. Ausserdem wäre diese Lösung teuer, weil die Zeitungen von Hand aussortiert werden müssten.

● **Druckfarbe wechseln:** Zeitungsdrucker würden gezwungen, lebensmitteltaugliche Farbe zu verwenden. Es müssten neue Druckerfarben entwickelt, Druckmaschinen modifiziert und das Recycling angepasst werden. Das würde viel zu lange dauern. Unklar ist auch, wer die Kosten dafür tragen würde. Auch danach hätte es viele unbekannte Stoffe im Recyclingkarton.

● **Barrieren einbauen:** Alu-Beutel schützen. Babynahrung wird seit Jahren so verpackt. Alu ist aber teuer und unökologisch. Auch einige Sorten Plastik sind dicht, etwa PET. Man könnte Karton beschichten. Kartonhersteller experimentieren bereits damit. Mit marktreifen Lösungen ist allerdings frühestens 2012 zu rechnen. Das Kantonale Labor Zürich hat einen Test entwickelt, um sicherzustellen, dass die Beschichtung wirklich dicht ist. (aba)